

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wiltgelmstr. 17)
bei C. F. Alrici & Co.
Brettestraße 14.
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in L. eferitz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Gamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Panke & Co.,
Haafenstein & Vogler,
Rudolph Hoffe.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidendank“.

Nr. 206.

Montag, 22. März.

1880.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Zeile oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 20. März. Der König hat geruht: den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Ribbeck zum Ministerial-Direktor und den Geheimen Regierungsrath Studt zum vortragenden Rath im Ministerium des Innern, den Landgerichtsrath Neubauer in Glogau zum Ober-Landgerichtsrath in Hamm, den Regierungsassessor Rudolf Noehrs zum Landrath des Kreises Bittfallen, und den Regierungsassessor Rudolf Heinrich von Kummer zum Landrath des Kreises Lebus zu ernennen; sowie dem Kanzleirath Lange im Ministerium des Innern den Charakter als Geheimer Kanzleirath, und dem Geheimen expedirenden Sekretär und Kalkulator Lamprecht im Ministerium des Innern den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.
Dem Oberlehrer Ernst Danz an der Realschule zu Sierlohn ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.
Verstet sind: der Amtsgerichtsrath Wandt in Mückeln an das Amtsgericht in Eilenburg und der Amtsrichter Noehr in Radebuhr an das Amtsgericht in Neustettin. Dem Amtsgerichtsrath Kamisch in Groß-Strehlitz ist die nachgeordnete Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Der Landgerichtsrath Klumbe in Münster ist gestorben. In der Liste der Rechtsanwältinnen ist gelöscht: der Rechtsanwalt Albrecht in Uckermark bei dem Landgericht in Stettin. In die Liste der Rechtsanwältinnen sind eingetragen: der bisherige Amtsrichter Quasnowski in Gumbinnen bei dem Amtsgericht daselbst, der Gerichtsassessor Dr. Georg Friedrich Friedleben bei dem Landgericht in Frankfurt a. M., der Rechtsanwalt Kröger, bisher in Hlensburg, bei dem Landgericht I. in Berlin, der Gerichtsassessor Aulig bei dem Amtsgericht in Piry und der Gerichtsassessor Pohl bei dem Landgericht in Gleiwitz. Der Notar Justirath Meier in Königsberg i. Pr. ist auf seinen Antrag entlassen. Der bei dem Landgericht zu Frankfurt a. M. zur Rechtsanwaltschaft zugelassene Dr. Manbann ist durch ehrengerichtliches Urtheil von der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen. Der Rechtsanwalt Mallus in Hildesheim ist gestorben.

Politische Uebersicht.

Posen, 22. März.

Die Frage, welche Schritte die preussische Regierung thun könne und werde, um das erste versöhnende Zugeständniß der Kurie zu erwidern, oder auf welchen Grundlagen wir überhaupt einer Verständigung über die kirchenpolitischen Differenzen entgegengehen dürfen, bildet gegenwärtig ein mit Eifer behandeltes Thema. Man wird jedenfalls nicht zu argwöhnlich brauchen, daß der leitende Staatsmann nun sofort das ganze wohlüberdachte und einer absoluten Nothwendigkeit entsprechende System der neueren kirchenpolitischen Gesetzgebung wegen dieses einen in seiner praktischen Tragweite noch keineswegs voll zu übersehenden entgegenkommenden Schritts über den Haufen werfen werde. Es verlauteit vorläufig nur von der Absicht einer milderen Handhabung der Kirchengesetze, an der es Herr v. Puttkamer auch vorher nicht hat fehlen lassen. Eine Abänderung der Gesetze ist sicherlich nicht ausgeschlossen, aber sie wird schwerlich so rasch und so umfassend vorgeschlagen werden, wie es der ultramontane Eifer wünscht. Es ist von großem Interesse, unbefangen und mit möglichstem Entgegenkommen zu prüfen, welche Punkte unserer kirchenpolitischen Gesetzgebung überhaupt dem Frieden zum Opfer gebracht werden können und dürfen. Wir stützen uns dabei auf einen Aufsatz, den ein hervorragender Kirchenrechtslehrer und Teilnehmer an der betreffenden Gesetzgebung, Paul H i n s c h i u s, vor einigen Monaten, als die Anzeichen einer beginnenden Verständigung stärker hervortraten, in der „Deutschen Revue“ veröffentlichte. Die Hoffnung auf einen dauernden und prinzipiellen Friedenszustand ist überhaupt sehr gering, da die Grundzüge der römischen Kurie und des modernen Staates sich in unvereinbarem Gegensatz befinden und stets befinden werden. Damit ist aber der Weg einer Verständigung über bestimmte konkrete Streitpunkte und Konzessionen nicht versperrt. Das Prinzip, auf welchem die Maßregeln sämtlich beruhen, darf nicht geopfert werden. Es wird daran festgehalten werden müssen, daß dem Staate das oberste Gesetzgebungs- und Aufsichtsrecht über die katholische Kirche zukommt. Wenn aber der Staat an seinem Kirchenhoheitsrecht festhält, so kann er doch von einer prinzipiellen Anerkennung desselben absehen; es kann ihm genügen, wenn gegen seine Gesetze thatsächlich nicht verstoßen wird. Was die einzelnen gesetzlichen Bestimmungen betrifft, bei denen eine Revision in Frage kommen kann, so ist bekanntlich das Gesetz über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen das praktisch wichtigste und hat zur Verschärfung des „Kulturkampfes“ weitaus am meisten beigetragen. Nachdem die Kurie die Anzeige geistlicher Ernennungen zugestanden, entfieht die Frage, ob man die Bestimmungen über die Vorbildung bzw. die Staatsprüfung sachlich mildern könne. H i n s c h i u s verneint dies, und zwar, wie wir an anderer Stelle bereits nachgewiesen, mit vollem Rechte. Was sodann die Vorschriften gegen den Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt betrifft, so weist H i n s c h i u s nach, daß hierin die Grenze dessen, was der Staat fordern muß, nicht überschritten ist und daß die sächsischen und österreichischen Gesetzgebung der Staatsgewalt noch viel weitergehende, allerdings unbestimmter gefaßte Befugnisse einräumen. Nur in einem Punkte hält H i n s c h i u s das Gesetz vom 13. Mai 1873 für verbesserungsfähig. Dasselbe schließt die öffentliche

Bekanntmachung der Verhängung gesetzlich statthafter Straf- und Zuchtmittel aus. Diese Bestimmung müßte, da der Kirche gestattet werden muß, den ihr zugehörigen Kreisen derartige, in der Form nicht verletzende Mittheilungen zu machen, weiter gefaßt werden, etwa in dem Sinne, daß eine Mittheilung, welche in der Form keine Ehrenkränkung enthält und bestimmt ist, innerhalb der kirchlichen Kreise zu bleiben, auch dann straflos bleibt, wenn zufällig andere Personen davon Kenntniß erhalten haben und sie auch im einzelnen Falle thatsächlich oder objektiv die Folge gehabt hat, die Ehre des Betroffenen zu mindern. Offen gestanden, begreifen wir nicht, wie H i n s c h i u s eine solche Konzession empfehlen kann, da hiermit der Umgehung des Gesetzes Thür und Thor geöffnet würde. Hinsichtlich der vielbesprochenen Frage des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten weist H i n s c h i u s nach, daß in anderen Ländern, in welchen die Disziplinargewalt der kirchlichen Oberen ebenfalls bestimmten staatlichen Schranken unterworfen ist, über die Beschwerde eines disziplinarisch bestraften Geistlichen lediglich der Minister entscheidet. Wenn das preussische Gesetz dagegen einen Gerichtshof geschaffen, dessen Mitglieder zu mehr als der Hälfte etatsmäßig angestellte Richter sein müssen, und wenn dieser Gerichtshof auf Grund eines fest geregelten, mündlichen und öffentlichen Verfahrens zu erkennen hat, so ist es nur ein Zeichen von Voreingenommenheit, wenn man behauptet, daß eine solche Behörde weniger Garantien für eine gerechte Entscheidung als die ministerielle Dekretur biete. Es bleibt nur die Frage offen, ob man diesen Gerichtshof nicht mit dem Obergericht verwechseln könnte. Die lebhaftesten Angriffe von ultramontaner Seite haben bekanntlich die Bestimmungen über die Amtsentlassung von Geistlichen gefunden. Allein, wenn dem Staate ein Einspruchsrecht gegen die Anstellung von Geistlichen gewährt ist, von denen mit Sicherheit zu erwarten ist, daß sie ihr künftiges Amt in Aufsehung gegen die Staatsgesetze führen werden, so muß ihm dasselbe konsequenter Weise auch dann zugestanden werden, wenn ein kirchlicher Amtsträger erst nach Erlangung seines Amtes sich in fortdauernde Opposition gegen die Staatsgesetze stellt oder wenn der Staat bei seiner Anstellung über seine Persönlichkeit nicht genügend unterrichtet war. Auf ein Rechtsmittel, kirchliche Beamte, welche sich fortgesetzt gegen die Staatsgesetze auflehnen, an ihrer weiteren Amtsthätigkeit zu verhindern, kann und darf der Staat nicht verzichten. Dem Gesetze über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden hat sich die Kirche selbst gefügt und es kann daher kein Hinderniß für den Ausgleich bilden. Die eigentlichen Kampfgesetze dagegen, wie die Einstellung der Staatsleistungen, die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern durch Ausweisung, Konfirmierung und Expatritierung von Geistlichen, werden durch einen Ausgleich von selbst hinwegfallen. Eine sehr wichtige Frage erhebt sich sodann bei den geistlichen Orden und Kongregationen. Eine Regelung der staatlichen Aufsicht über die geistlichen Genossenschaften war längst vor Erlaß des neuen Gesetzes ein Bedürfniß für den preussischen Staat geworden, und es liegt auf der Hand, daß eine solche auch für die Folgezeit, selbst nach der Herstellung eines modus vivendi, staatlicherseits nicht entbehrt werden kann. Das Gesetz läßt sich also seiner eigentlichen Bedeutung nach nur als ein organisatorisches betrachten, als Kampfgesetz kann man es nur insofern bezeichnen, als die Maßregeln, welche es angeordnet hat, wohl nicht so durchgreifend und scharf ausgefallen wären, wenn es nicht zu einer Zeit des erregtesten Kampfes zwischen Staat und Kirche erlassen wäre. Das Gesetz hat allein diejenigen Niederlassungen widerrücklich fortbestehen lassen, welche sich ausschließlich der Krankenpflege widmen. Nach der Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zwischen Staat und Kirche wird man das absolute Verbot der Zulassung neuer Niederlassungen wohl mildern können. Der Staat wird dabei nur im Auge behalten müssen, daß geistliche Genossenschaften nicht wieder ihre Wirksamkeit im Unterrichts- und Erziehungswesen so weit wie früher ausdehnen. Das Reichsgesetz über die Ausschließung der Jesuiten zu beseitigen, liegt kein Grund vor. Den Altkatholiken ferner wird der Staat die Stellung einer privilegierten Religionsgesellschaft belassen müssen, andererseits kann er aber der katholischen Kirche gesetzliche Garantien dagegen gewähren, daß die Altkatholiken nicht mehr innerhalb des Organismus derselben als eigentliche Katholiken behandelt werden. Geht dies, so wird eine Regulierung des Antheils der Altkatholiken an den Kirchengebäuden und dem kirchlichen Vermögen auf Grund des obwaltenden Besitzstandes als Gegenkonzession von der katholischen Kirche wohl nicht schwer (?) zu erlangen sein. Die schwierige Frage hinsichtlich der abgesetzten Bischöfe glaubt H i n s c h i u s dahin lösen zu können: der Staat wird zwar nicht zugeben können, daß die eifrigsten Kämpfer gegen die Maßregeln, welche durch seine Behörden abgesetzt worden sind, in ihre Bischofämter zurückkehren. Andererseits braucht er aber auch an die Kurie nicht die Aufforderung zu stellen, die Absetzung durch Ernennung neuer Bischöfe anzuerkennen. Ist es der letz-

teren mit dem Ausgleich ernst, so bietet das Recht des Papstes, apostolische Vikare mit den nöthigen Befugnissen zu ernennen, ein ausreichendes Mittel, um dem Staate die Zurückberufung der abgesetzten Bischöfe, der Kurie dagegen ein prinzipielles Aufgeben ihres Standpunktes zu ersparen.

Die „National-Ztg.“ schreibt: „Kaiser Alexander von Rußland hat ein in sehr herzlichen Ausdrücken abgefaßtes Dankschreiben an den Fürsten Bismarck für dessen Theilnahme an dem Gratulationschreiben unseres Kaisers ergehen lassen. Man darf es als feste Thatsache annehmen, daß die Form jenes viel besprochenen Schreiben als eines Staatsaktes auf die Initiative des Fürsten Bismarck zurückzuführen ist, eine Thatsache, die dem Kaiser Alexander ohne Zweifel bekannt geworden ist.“

Die am Freitag im großen Saale auf Tivoli abgehaltene, zahlreich besuchte allgemeine Wählerversammlung des zweiten berliner Reichstagswahlkreises, beschloß einstimmig, Herrn Professor Birchow als alleinigen Kandidaten der Fortschrittspartei für die bevorstehende Ersatzwahl zu proklamiren.

Im Bundesrath finden gegenwärtig die Beratungen über den Stempelsteuer-Gesetzentwurf statt, und die persönliche Theilnahme der Finanzminister der größeren Bundesstaaten an diesen Beratungen beweist, welche große Wichtigkeit man diesem Projekt beilegt. Es heißt, derjenige Theil des Gesetzentwurfs, welcher schon früher unter dem Namen „Börsesteuer“ dem Reichstag vorgelegen hatte, habe sichere Aussicht, vom Bundesrath gebilligt zu werden, dagegen fließen die andern Bestandtheile dieser umfassenden Vorlage, namentlich die Steuer auf Quittungen, auf starke Bedenken. Nach unserer Kenntniß der Stimmung im Abgeordnetenhaus sind die Ansichten der Majorität des Reichstags in dieser Angelegenheit ähnlicher Art; die sog. Börsesteuer würde wohl Aussicht auf Annahme haben, die Belastigung des kleinen geschäftlichen Verkehrs durch eine Quittungssteuer aber hat auch hier große Bedenken gegen sich. Ueberhaupt aber wäre es wünschenswerth, der Bundesrath stände zunächst von weiteren Steuerprojekten ab, und das Schicksal der Brauereivorlage könnte in dieser Beziehung eine Warnung sein. Es wird allgemein anerkannt, daß die finanzielle Wirkung der im vorigen Jahr beschlossenen Zoll- und Steuerreform sich bis jetzt nur äußerst unvollständig übersehen läßt, und es liegt auf der Hand, daß ein solcher Zeitpunkt für die Frage, ob und wie groß ein Bedürfniß nach neuen Steuern vorhanden, der möglichst ungeeignete ist. Es wäre rathsam, die Regierung verschöbe die ganze Steuerfrage auf die nächste Session, in deren Mittelpunkt ohnehin diese Angelegenheit stehen wird.

Für die Zeit vom 1. April 1879 bis zum 29. Februar 1880 betragen die zur Anschreibung gelangten Einnahmen, einschließlich der kreditirten Beträge, an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern 270,597,262 M. mit einem Mehr von 25,796,944 M. Die zur Reichskasse abgeführte Einnahme abzüglich der Bonifikationen und Verwaltungsstellen stellt sich auf 249,860,579 M. mit einem Mehr von 37,869,516 M. Bei den zur Anschreibung gelangten Einnahmen ergaben Ueberschüsse: die Zölle 25,309,465 M., die Rübenzuckersteuer 1,362,840 M., die Salzsteuer 448,089 M., die Tabaksteuer 103,663 M., die Brauntweinsteuer 1,200,356 M., die Uebergangsabgabe von Brauntwein 18,597 M., die Brauereisteuer 287,380 M., die Uebergangsabgaben von Bier 42,026 M. Das Mehr der Einnahme zerlegt sich wie folgt: Zölle 33,201,557 M., Rübenzuckersteuer 4,523,094 M., Salzsteuer 232,301 M., Tabaksteuer 103,192 M., Brauntweinsteuer und Uebergangsabgabe von Brauntwein 19,790 M., Brauereisteuer und Uebergangsabgabe von Bier 210,418 M. — Die zur Anschreibung gelangte Einnahme aus dem Spielkartenstempel betrug 1,009,110 M., 454,248 M. mehr wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres; die Einnahme stellt sich einschließlich der Nachsteuer, auf 1,024,177 M. mit einem Mehr von 767,649 M.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 21. März. [Das Schreiben Lascker's an seine Wähler.] In den nächsten Tagen dürften die Lokalblätter des zweiten meiningenschen Wahlkreises den Wortlaut des bereits angekündigten Schreibens des Abgeordneten Lascker veröffentlichen, worin derselbe seinen Wählern über seinen Austritt aus der nationalliberalen Fraktion Aufschluß giebt. Es ist ein ziemlich umfangreiches Schriftstück, das in seinen Erörterungen auf die zoll- und steuerpolitischen Verhandlungen der vorjährigen Reichstagsession zurückgeht. In der Form sehr rücksichtsvoll gegen die bisherigen Fraktionsgenossen des Verfassers, läßt es dennoch den Gegensatz zu denselben deutlich genug hervortreten. Ohne daß es direkt ausgesprochen wird, ergibt sich aus der ganzen Darlegung, daß Herr Lascker die gegenwärtige Politik der nationalliberalen Fraktion als unvereinbar mit den Grundsätzen erachtet, zu deren Vertretung die Partei vor 13 Jahren begründet wurde. Herr Lascker konstatiert ausdrücklich, daß seine Losagung von der nationalliberalen Reichstagsfraktion nicht zugleich den Austritt aus der gleichnamigen Partei im Lande bedeutet; er nimmt für die nächste Zukunft für sich eine isolirte Stellung im Reichstage in Aussicht, in welcher er für den Fall, daß seine Wähler resp. seine politischen Freunde im

Land ihm ihr Vertrauen bewahren, zunächst seine Auffassung vertreten will; für die Zukunft findet sich in dem Schreiben die Hindeutung auf die Eventualität einer neuen liberalen Part. Bildung. Bei den Zoll- und steuerpolitischen Verhandlungen der vorigen Reichstagsession, so führt Herr Lasfer aus, habe auch er gegen einzelne Tarifveränderungen im Interesse spezieller Industriezweige keine Bedenken gehabt; das System der Besteuerung aber, welches damals inaugurirt wurde, sei nach seiner Auffassung mit den liberalen Prinzipien unvereinbar, weil es ein ungerechtes sei, die schwerste Steuerlast auf die schwächsten Schultern lege. Dieses System solle notorisch jetzt und künftig weiter fortgeführt werden; außerdem habe sich gezeigt, daß die politische Reaktion eng mit der wirtschaftlichen zusammenhänge. Während nun fast die gesammte nationalliberale Fraktion beim Erscheinen des Briefes des Fürsten Bismarck vom Dezember 1878 gegen das darin niedergelegte Programm gewesen, habe ein großer Theil der Parteigenossen im Reichstage sich aus bloßen taktischen Erwägungen im Laufe der Verhandlungen diesem Programm angeschlossen, vornämlich aus der Rücksicht, um keinen Preis eine konservativ-kerikale Majorität zustandekommen zu lassen; und auch seitdem sei die Taktik befolgt worden, zu diesem Zwecke auf liberale Anschauung nöthigenfalls Verzicht zu leisten. Einem solchen Verhalten aber habe er, Herr Lasfer, sich nicht anschließen können. Während der Periode der liberalen Reformgesetzgebung habe auch er nicht angestanden, Opfer an politischen Meinungen und Forderungen zu bringen; er habe das für richtig gehalten, weil auf diesem Wege große nationale und gesetzgeberische Fortschritte, an welche er im Einzelnen erinnert, errungen wurden, und er bekennt sich nachdrücklich von Neuem zur damaligen Politik der nationalliberalen Partei; aber auf liberale Grundanschauungen zu dem schon angegebenen, lediglich taktischen Zwecke Verzicht zu leisten, dazu könne er sich nicht entschließen, und um so weniger, da er überzeugt sei, daß dadurch auch für die Zukunft für den Fall, daß der Liberalismus wieder zu schöpferischer Thätigkeit berufen würde, die Stellung desselben im Voraus ungünstiger gestaltet werde. Vielleicht hätte er zu seinem Austritt aus der Fraktion einen früheren, und insofern günstigeren Augenblick wählen sollen, als im vorigen Jahre, beim Schluß der Reichstagsession, wahrscheinlich ein größerer Theil der Fraktionsgenossen sich ihm dabei angeschlossen hätte; wenn er dies unterlassen und auch gegenwärtig den Austritt erst erklärt habe, als er dazu bei einem geschäftlichen Anlaß (bei der Feststellung des Fraktionsverzeichnisses) direkt propozirt wurde, so sei dies geschehen, weil ihm jede propagandistische Absicht gegen die langjährigen Fraktionsgenossen fern liege. Er habe sich gefragt, ob er unter den obwaltenden Umständen sein Mandat nicht niederlegen solle, diese Frage aber verneint, weil er der Ansicht sei, daß das Mandat ihm nicht bloß Rechte, sondern auch Pflichten auferlegt habe.

— Der telegraphisch bereits signalisirte Artikel des „Reichs- und Staats-Anzeigers“ lautet wörtlich: „Die „Germania“ und die übrigen Zeitungen, welche nach ihr das Breve des Papstes vom 24. v. M. abgedruckt haben, weichen in der lateinischen Stelle desselben:

„passuros ut Borussia gubernio ante canonicam institutionem nomina exhibeantur sacerdotum illorum, quos Ordinarii Dioecesium ad gerendam animarum curam in partem suae sollicitudinis creant“
von dem amtlich bekannt gewordenen Texte insofern ab, als es in dem letzteren statt „creant“ heißt „vocant“.
In einer offiziellen, dem kaiserlichen Botschafter in Wien mitgetheilten französischen Uebersetzung lautet der betreffende Satz:
Quant à Nous c'est une chose tout-à-fait sûre et prouvée pour Vous, Vénéralable Frère, et pour tous les fidèles de l'Allemagne, que Nous sommes pénétrés de ces sentiments et de cette volonté; Nous conservons même cette volonté tellement ferme, que, considérant les avantages qui en résulteraient pour le salut des âmes et pour l'ordre public, Nous n'hésitons pas de Vous déclarer, que, dans le but de faire mûrir cette concorde, Nous tolérerons, que les noms de ces prêtres que les Evêques s'associeront pour partager avec eux leurs sollicitudes dans la charge des âmes soient notifiés au Gouvernement Prussien avant leur institution canonique.“

— Vom 1. April d. J. kommen im Postverkehr Deutschlands mit Dänemark neue Bestimmungen in Anwendung, die sich auf Brief- und Packetsendungen beziehen. Bei der Abrechnung und Umrechnung werden 100 Kronen dänischer Währung gleich 112,75 M. angenommen.

Vocales und Provirielles.

Bosen, 22. März.

r. [Der Geburtstag des Kaisers] wurde in den evangelischen Kirchen bereits am 21. d. M. Vormittags, gleichzeitig mit dem gewöhnlichen Sonntags-Gottesdienste, gefeiert. Dem Gottesdienste in der St. Pauli-Kirche wohnten die Spitzen der Behörden, für welche im Altarraum besondere Plätze eingeräumt waren, bei. — In dem Berichte über das offizielle Diner am Sonnabend, enthalten in der Sonntag-Morgen-Ausgabe, muß es selbstverständlich heißen: Oberlandesgerichts-Präsident v. Kanowski.

△ [Der Nachfolger des Regierungs-Raths Förster] als Vorsitzender der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft, Regierungs-Rath Kramm, ist aus Berlin hier eingetroffen und in Mylius' Hotel abgeblieben.

± Personal-Veränderungen im 7. Armeekorps. Graf zu Solms-Sonnenwalde, Prem. Lieut. im Westpreuß. Ulanen-Regiment. Nr. 1, mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt und gleichzeitig unter Stellung à la suite der Landgendarmarie als Adjutant bei der Gendarmarie-Brigade in Elßaß-Vohringen wieder angestellt. v. Fischer-Treuernfeld, Sek. Lieut. vom 2. Pos. Inftr.-Regmt. Nr. 19, vom 1. April cr. ab zur Dienstleistung bei der Gewehr- und Munitions-Fabrik in Danzig kommandirt.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 20. März. Nach telegraphischer Mittheilung aus Konstantinopel hat die dortige gelehrte griechische Gesellschaft auf

Anregung der griechischen Gesandten in Berlin und Konstantinopel, der Herren Rangabé und Condouriotis, beschloffen, das im Besitz jener Gesellschaft befindliche, zu den hiesigen pergamenischen Skulpturen gehörige Fragment der deutschen Regierung zum Geschenk zu machen.

Kassel, 20. März. Zur Feier des Geburtstags Sr. Maj. des Kaisers wurde heute Mittag eine Parade der hier garnisonirenden Truppen abgehalten, am Nachmittag und Abend finden mehrere Festbankets statt.

Dresden, 21. März. Der König hat in der vergangenen Nacht gut geschlafen; Fieber ist nicht mehr vorhanden. Se. Majestät wird voraussichtlich den größten Theil des Tages außer Bett zubringen.

München, 20. März. Anlässlich der heute begangenen Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers sind alle städtischen Gebäude und viele Privathäuser festlich beflaggt. Heute findet hier ein Festbankett statt.

München, 20. März. Das anlässlich der Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers veranstaltete Festbankett in dem Hotel zu den vier Jahreszeiten war sehr zahlreich besucht. Hofrath Ernst Förster brachte einen Toast auf den König von Baiern, der Großhändler Schuster einen Toast auf Se. Majestät den Kaiser aus. Beide Toaste wurden von den Theilnehmern mit Begeisterung aufgenommen.

Wien, 20. März. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Ernennung des Baron Possinger zum Statthalter von Niederösterreich, des Ritter Kallra zum Statthalter von Mähren und des Hofrath Andreas Winkler zum Landespräsidenten von Krain.

Wien, 20. März. Ein offizielles Communiqué der „Polit. Korresp.“ erklärt, daß die Regierungskreise der gestern durch ein hiesiges Blatt erfolgten Veröffentlichung von Schriftstücken bezüglich der schwebenden Unterhandlungen wegen der Eisenbahnkonvention mit Serbien vollständig fern stünden. Die Veröffentlichung enthalte mehrfache Unrichtigkeiten und Entstellungen. Namentlich stimme der Inhalt des abgedruckten Konventionsentwurfes in einigen der wichtigsten Artikel, beispielsweise bezüglich der Tarifbestimmungen, mit den tatsächlich vorliegenden Anträgen nicht überein. Es sei darauf unsofern aufmerksam zu machen, als eine von solchen Unterlagen ausgehende Beurtheilung der Ergebnisse der schwebenden Unterhandlungen mindestens verfrüht erscheine. — Ferner bringt die „Polit. Korresp.“ folgende Meldungen: Aus Prag: Bei der heutigen Ergänzungswahl für den Landtag sind aus der Gruppe des nicht fideikommissarischen Großgrundbesitzes die Kandidaten der Liberalen gewählt worden. Der konservative Adel enthielt sich der Wahl. — Aus Konstantinopel: Die Nachrichten über Unruhestörungen in einigen Städten, namentlich in Smyrna in Folge der Maßregeln wegen des Metallgeldes, sind sehr übertrieben. Die Unruhestörungen waren von keiner besonderen Bedeutung. — Der serbische Gesandte ist hier eingetroffen. — Die Pforte hat bisher weder über die Forderungen Montenegros, noch in der griechischen Frage Beschluß gefaßt. — Aus Salonichi: Das Lösegeld für den von Briganten gefangen gehaltenen englischen Obersten Synge ist an den Brigantenchef Niko abgefunden. Die Freilassung Synge's wird stündlich erwartet.

Best, 20. März. [Unterhaus.] In Beantwortung einer bezüglichen Interpellation des Abg. Apponyi verwies der Ministerpräsident Tisza betreffs der bei der Auslieferung politischer Verbrecher befolgten Prinzipien auf die bestehenden Verträge mit Montenegro und Rußland, nach welchen Mord und Mordmord, begangen an einem ausländischen Herrscher oder einem Mitgliede eines ausländischen Herrscherhauses, nicht als politische Verbrechen betrachtet werden. Im Uebrigen werde die Regierung anderen Regierungen gegenüber stets den Grundsatz festhalten, daß Verbrechen, welche in den Verträgen über die Auslieferung gemeiner Verbrecher als gemeine Verbrechen aufgeführt werden, nicht als politische betrachtet werden können. Die Verfüzung der österreichischen Regierung vom Jahre 1855, wonach die Gültigkeit des auf die wechselseitige Auslieferung politischer Verbrecher bezüglichen Beschlusses des deutschen Bundes vom 18. August 1836 auch auf die außerdeutschen Theile der österreichisch-ungarischen Monarchie ausgedehnt wird, besitze seit dem Prager Frieden vom Jahre 1866 in keiner Hälfte der Monarchie mehr bindende Kraft.

Best, 20. März. Einer Meldung des „Hon“ zufolge soll die ungarische Regierung beschloffen haben, die Eisenbahn von Best nach Semlin über Theresiopel und nicht über Kalocsa zu führen.

Rom, 19. März. [Deputirtenkammer.] Der Minister des Innern bekämpfte mehrere Behauptungen, welche Visconti-Venosta und Minghetti in Bezug auf die auswärtige Politik des Ministeriums Depretis aufgestellt hatten, bestritt, daß das Ministerium jemals die Ideen gehabt habe, die ihm bezüglich Albaniens zugeschrieben würden, widerlegte die Behauptung Crispi's, daß das Ministerium in seiner inneren Politik das Programm der Rechten befolge und betonte, daß das Programm des Ministeriums hauptsächlich auf der Abschaffung der Wahlsteuer und der Wahlreform beruhe.

Rom, 20. März. Im Fortange der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer sprach der Minister des Innern Depretis von der „Italia irredenta“ indem er hervorhob, es existire eine „Italia irredenta“ und zwar bezüglich des agrifolien Fortschrittes und bezüglich der Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklassen und zur Lösung der sozialen Frage. Depretis wiederholte, daß die Regierung jeden, die nationalen Beziehungen Italiens kompromittirenden Akt sowie jede republikanische Agitation, deren Bedeutung übrigens sehr gering sei, energisch verhindern werde. Schließlich verlangt der Minister, die Kammer solle ein klares Botum abgeben. — Nach dem Botum der Kammer über die Demission des Präsidenten Farini begaben sich drei Deputirte zu letzterem, um ihm Mittheilung von dem Botum zu machen und zugleich der Hoffnung Aus-

druck zu geben, daß Farini seine Entlassung zurücknehmen werde. Bis zum Abend war der Entschluß Farini's noch nicht bekannt.

Rom, 20. März. [Deputirtenkammer.] Es wurde ein Schreiben des Präsidenten Farini verlesen, in welchem er der Kammer für ihr Botum dankt, er beharre indeß auf seine Demission. Der Tag für die neue Präsidentenwahl wird nach den Osterferien bestimmt werden. Die Kammer nahm darauf mit 220 gegen 93 Stimmen die von dem Ministerium akzeptirte Tagesordnung des Deputirten Mancini an; dieselbe besagt, daß, nachdem die Kammer von den Erklärungen des Ministerium Aktenommen habe und darauf vertraue, daß Italien in seinen auswärtigen Beziehungen eine Politik des Friedens, der Achtung der Verträge und des Fortschritts internationaler Zivilisation befolgen werde, sie zur Tagesordnung übergehe. — Der österreichische Botschafter beim päpstlichen Stuhle, Graf Paar, hat dem Papste den Dank des Kaisers von Oesterreich und der kaiserlichen Familie für die anlässlich der Verlobung des Kronprinzen Rudolf seitens des Papstes gesandten Glückwünsche überbracht.

Paris, 19. März. [Deputirtenkammer.] Gobelle (Bonapartist) wünscht den Minister des Innern über mehrere Thatfachen zu interpelliren, welche der bisherige Sekretär des General-Gouvernements Algier, Gournault, in einer Zuschrift mitgetheilt hat. Gournault ist in Folge der zwischen ihm und dem Generalgouverneur Albert Grévy bestehenden Meinungsverschiedenheiten von seinem Posten zurückgetreten. Die Kammer beschließt, daß der Minister im Hause nicht anwesend ist, den Tag für die Interpellation morgen festzusetzen.

Paris, 20. März. Die Deputirtenkammer nahm heute den Gesetzentwurf über den Generalstab an. Ferner beschloß die Kammer mit 296 gegen 138 Stimmen die anlässlich der Zuschrift des bisherigen Sekretärs des Generalgouvernements Algier, Gournault, von dem Deputirten Gobelle angeregte Interpellation einen Monat zu vertagen.

Paris, 21. März. Der russische Botschafter, Fürst Orlov, ist gestern von hier nach Petersburg abgereist. Das gesammte Personal der Botschaft geleitete den Fürsten zum Bahnhof. — Der in London weilende Hartmann bezeichnet in einem an das Justizdepartement gerichteten Schreiben seine von englischen Blättern gebrachte angebliche Erklärung bezüglich des Moskauer Attentates als vollkommen unbegründet mit dem Hinzufügen, daß er weder in Paris noch in London mit irgend jemand über die Angelegenheit gesprochen habe. Hartmann stellte dieses Schreiben einem Freunde zu, der einem Direktor im Justizdepartement persönlich bekannt ist und unterzeichnete es „L. Hartmann“ um die Richtigkeit desselben außer Frage zu stellen.

Konstantinopel, 19. März. Die Untersuchungskommission in dem Prozeß gegen den Mörder des Oberst Kumerau hat sich gestern mit Zeugenvernehmungen beschäftigt; der Geisteszustand des Angeklagten ist einer ärztlichen Beobachtung unterstellt worden; man erwartet morgen das Gutachten der Aerzte und den Urtheilspruch des Gerichts. — Der Direktor der Finanzen, Schmidt, hat kürzlich seinen Abschied eingereicht.

Konstantinopel, 20. März. Der deutsche Botschafter, Graf Gatzfeld, ist hier eingetroffen.

Athen, 19. März. Der König hat Tricoupis ersucht, ein neues Kabinett zu bilden. Gutem Vernehmen nach würde Tricoupis diesem Ersuchen nachkommen und zunächst eine Vertagung der Kammeritzungen auf acht Tage verlangen.

Petersburg, 20. März. Der deutsche Botschafter hatte heute zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des deutschen Kaisers ein Festdiner veranstaltet. Der deutsche Militär-Bevollmächtigte, General von Werder, Major von Lignitz, der bayerische, sowie der württembergische Geschäftsträger, die Mitglieder der deutschen Botschaft und viele Mitglieder der deutschen Kolonie nahmen an dem Diner Theil. Der von dem deutschen Botschafter auf Se. Majestät den deutschen Kaiser ausgebrachte Toast wurde von der freudig bewegten Festversammlung begeistert aufgenommen. Am nächsten Montag findet, wie alljährlich, das von der deutschen Kolonie veranstaltete Diner zur Feier des Geburtstages des Kaisers Wilhelm statt.

Petersburg, 20. März. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht ein Schreiben des Kaisers an den Minister des Innern, in welchem letzterer beauftragt wird, allen Volksklassen den herzlichsten Dank des Kaisers für die Beweise treuester Ergebenheit und die Spenden zu wohlthätigen Zwecken, welche anlässlich des 25-jährigen Regierungsjubiläums dargebracht wurden, auszusprechen.

Petersburg, 21. März. Der Reichskanzler, Fürst Gortschakow, welcher sich durch Erkältung einen leichten Gichtanfall zugezogen hatte, hat sich soweit erholt, daß er das Bett verlassen und sich wieder den Geschäften widmen konnte.

Christiania, 21. März. Das Stortving beschloß gestern Abend, eine 4prozentige Staatsanleihe im Betrage von 21 Mill. Kronen, wesentlich zum Zweck der Konvertirung der Staatsanleihen von 1858 und 1863, aufzunehmen.

Kopenhagen, 20. März. Der Reichstag hat das skandinavische Wechselgesetz definitiv nach der Regierungsvorlage angenommen. Dasselbe tritt in Kraft, wenn die Parlamente Schwedens und Norwegens übereinstimmende Beschlüsse fassen.

Washington, 20. März. Der Sonderausschuß des Repräsentantenhauses hat sich in seinem Bericht gegen die chinesische Einwanderung als für die Interessen des Handels und der Arbeit an der Pazifikküste schädlich ausgesprochen und die Anwendung der antichinesischen Gesetze von 1879, mit Ausschluß der vom Präsidenten Hayes mit seinem Veto belegten Artikel, befürwortet.

San Francisco, 20. März. Außer Kearney ist noch ein anderer Agitator der antichinesischen Arbeiterpartei, Namens Gammon, der Aufreizung überführt und zu 6 monatlichem Gefängniß wie 1000 Dollars Geldbuße verurtheilt worden. Derselbe wurde einstweilen gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt.

Southampton, 20. März. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Hamover“ ist hier eingetroffen.

Newyork, 30. März. Der Hamburger Postdampfer „Wiesland“ ist hier eingetroffen.

